

XXI. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 8. Beiratssitzung am 20.02.2024
Sitzungsraum des Ortsamtes Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen
Beginn 19:00 Uhr – Ende 21:20 Uhr

Anwesend waren

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

SPD: Maren Wolter, Niels Heide, Werner Müller, Bianca Lönnecker

CDU: Helga Lürßen, Kerstin Curtius, Tobias Scholz, Isolde Eylers

Bündnis 90 / Die Grünen: Ulrike Schnaubelt, Barbara Punkenburg

Bündnis Deutschland: Jens-Rainer Jurgan

FDP: Julian Serbest

Parteilos: Oliver Meier, Rainer Tegtmeier

Vorsitzender: Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum

Protokoll: Frau Tietjen vom Ortsamt Burglesum

Gäste:

Annette Migotina, Vertretung vom Amt für Straßen und Verkehr

Claudia Ludwigshausen, Leiterin des ReBUZ Nord

Claudia Neumann, Vertretung von der Senatorin für Kinder und Bildung

*

Herr Boehlke eröffnet die Sitzung.

Herr Boehlke weist darauf hin, dass zur Erstellung des Protokolls Tonbandaufnahmen angefertigt werden.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortsamtes am 08.02.2024 fristgerecht verschickt.

Folgende Änderungen zur Tagesordnung liegen vor:

- Absetzung TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 23.01.2024 (Krankheitsfall im Ortsamt)
- Neuer TOP: Einsetzung eines Regionalausschusses Bremer Industrie-Park (Vorschlag nach TOP 6)

Beschluss: (einstimmig)

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 23.01.2024

abgesetzt

TOP 2: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

2.1: Tanja Feith & Manon Cornelius, Schulelternsprecher der Grundschule Burgdamm:

„Die Straßenbeleuchtung rund um die Grundschule Burgdamm ist nicht ausreichend. Die Gehwege in der Kellerstraße und in der Stolper Straße sind nicht ausreichend gekennzeichnet. Wir, der Elternbeirat haben uns bereits zahlreiche Gedanken für die Verbesserung gemacht:

- Stärkere Straßenbeleuchtung vor der Schule- Austausch der vorhandenen Leuchtmittel
- Kennzeichnung der Kantsteine mit weißer Farbe
- Hinweisschilder im Bereich der Stolper Straße gegenüber dem Schulgelände. Der dortige Gehweg ist für viele nicht oder nur schwer erkennbar, da Straße und Gehweg fließend ineinander übergehen.
- Achtung Kinder Piktogramm auf der Fahrbahn
- Schulweg Beschilderung
- Tempomesser

Wir bitten den Beirat, sich mit hoher Priorität für die Verbesserungen einzusetzen, da wir nicht möchten, dass erst reagiert wird, wenn etwas Schlimmes passiert ist.“

2.2: Britta von der Heide, Schulelternsprecherin der Schule am Heisterbusch:

„Zehn Klassen haben durch den Brand ihre Schule verloren, es kommt immer wieder zu Unterrichtsausfällen. Es kann kein Physik- und Chemieunterricht stattfinden. Es gibt große Sorgen in der Elternschaft, dass die Schüler*innen den Bildungsrückstand nicht aufholen können. Zurzeit tut sich nicht viel bei den Brandsanierungsarbeiten. Daher gibt es Befürchtungen, dass die Sanierung nicht zügig fertig gestellt wird. Daher die Bitte an den Beirat, sich für eine Priorisierung einzusetzen.“

Herr Müller erscheint um 19:10 Uhr zur Sitzung.

TOP 3: Zwischenbericht zur Umgestaltung des Helsingborger Platzes

Herr Boehlke begrüßt Annette Migotina, Amt für Straßen und Verkehr.

Er erläutert den Anwesenden, dass die Gestaltung des Helsingborger Platzes alle schon seit Jahren beschäftige und skizziert den bisherigen Planungsverlauf:

„Im Jahr 2021 standen Mittel zur Verfügung, um ein Planungsbüro mit einem gestalterischen Entwurf zu beauftragen. Im Februar 2022 wurden die Gestaltungsideen im Beirat vorgestellt. Im Anschluss folgte dann die Überzeugungsarbeit, dass nun auch Mittel für die Umsetzung

der Planungsidee bereitgestellt werden. Nachdem dann auch Kapazitäten beim Amt für Straßen und Verkehr für das Projekt frei waren, wurde im Mai 2023 mit dem Projekt begonnen. Es folgten behördeninternen Abstimmungsrunden zu diversen Fragestellungen. Heute geht es um die Vorstellung eines Zwischenstandes zum Projekt.“

Frau Migotina gibt einen Zwischenbericht zu den Vorentwürfen (s. Präsentation Anlage 1). Zurzeit verfüge der Platz über eine geringe Aufenthaltsqualität. Geplant sei eine großflächige Flächenentsiegelung und es sollen Sitz- und Spielgelegenheiten entstehen. Da eine Blockstufe wegen der Bäume nicht realisierbar sei, habe man sich für Sitzblöcke und Grünfläche entschieden. Über die mittige Rasenfläche soll ein wassergebundener Weg führen. Die Straße soll durch eine Hecke abgegrenzt werden.

Herr Heide freut sich, dass die Flächen neugestaltet werden und relativ viel Grün und Spielgeräte dabei sind. Ihm sei der Klimaschutz und damit verbunden, die Entsiegelung von Flächen, sehr wichtig.

Frau Besecke erscheint um 19:17 Uhr zur Sitzung.

Herr Boehlke teilt mit, dass es noch eine Trägerbeteiligung geben werde. Der Planungsgruppe sei aber wichtig, vorab ein Meinungsbild vom Beirat zu erhalten. Die BSAG werde noch eine Entscheidung treffen, ob sich die Nachlinienroute ändert. Dann könne man den jetzigen Durchgangsverkehr durch Poller verhindern.

Frau Lürßen bedankt sich für den Zwischenbericht. Die Planungen werden von der CDU begrüßt, auch das Grün. Die Nachtlinie soll ja nicht mehr durchfahren, dass begrüße die CDU sehr.

Frau Wolter lobt die Spielflächen für Kinder. Diese seien gut, aber es sollte auch ein Angebot für Erwachsene geben.

Frau Schnaubelt bevorzugt die Variante 2, weil mehr Grün eingeplant sei. Sie fragt, wie der Untergrund der Spielfläche gestaltet werden wird?

Frau Migotina antwortet, es werde Kautschukbelag verwendet, kein Sand, zur Vermeidung von Verunreinigungen.

Frau Schnaubelt wünscht sich eine Option zur ausschließlichen Kautschukvariante.

Herr Boehlke ergänzt, dass bei Sand starke Verunreinigungen befürchtet werden. In der Nähe gebe es aber einen Spielplatz mit Sand.

Frau Lürßen fragt nach dem einmal geplanten Taubenhaus. Ob das noch in der Planung drin sei?

Herr Boehlke erläutert, dass das Taubenhaus nicht Gegenstand der Planung sei. Das Taubenproblem müsse man in Griff bekommen, da die Tauben sonst negative Auswirkungen auf die Aufenthaltsqualität des Platzes haben.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat nimmt den Bericht wohlwollend zur Kenntnis und spricht sich für die Variante 2 aus.

Er bittet in diesem Zusammenhang die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung sowie die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft und Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz sich der Tauben-Problematik auf dem Helsingborger Platz zu widmen. Dabei ist auch noch einmal das Angebot der Brebau zur Errichtung eines möglichen Taubenhauses wohlwollend zu prüfen und gegenüber anderen Alternativen abzuwägen.

TOP 4: Vorstellung des Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum (ReBUZ) Nord

Herr Boehlke begrüßt Claudia Ludwigshausen (Leiterin des ReBUZ Nord).

Herr Boehlke teilt mit, dass das ReBUZ Nord einen neuen Standort und zwar das Eldon-Burke-Haus der Stiftung Friedehorst beziehen werde. Dies sei daher ein passender Anlass, sich über die Arbeit des ReBUZ allgemein und am neuen Standort informieren zu lassen.

Frau Ludwigshausen berichtet (s. Anlage 2).

Frau Wolter lobt die wichtige Arbeit und freut sich auf gute Zusammenarbeit.

Frau Lürßen fragt, ob es für die Gründung einer neuen Bildungsabteilung ausreichend Personal gebe. Wie der Einzugsbereich sei und ob der Nachmittagsdienst der Bremer Integrationshilfe sichergestellt sei?

Frau Ludwigshausen antwortet, dass es genügend Personal aus der Fritz-Gansberg-Straße gebe, dieses wurde auf die Standorte verteilt. Aufgrund der besonderen Kooperation mit der Bremer Integrationshilfe e.V. gebe es einen erhöhten Personalschlüssel. Schwerpunktartig kommen die Schüler*innen aus Bremen-Nord, wenn kein Platz vorhanden sei, auch mal aus anderen Regionen.

Nachmittags gebe es feste Gruppen, diese seien jeweils personell hinterlegt.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum nimmt den Bericht wohlwollend zur Kenntnis und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

TOP 5: Anmeldezahlen und Personalsituation in den Grundschulen

Herr Boehlke begrüßt Claudia Neumann, Senatorin für Kinder und Bildung.

Herr Boehlke erläutert vorab:

„Es sind zwei Themen, die sich unter diesem Tagesordnungspunkt befinden: Anmeldezahlen und Personalsituation

Anmeldezahlen:

Für uns von großem Interesse, vor allem unter dem Aspekt, dass seit Jahren die Gründung einer neuen Grundschule in den Startlöchern steht.

Personalsituation:

Wir lesen nicht nur über die angespannte Personalsituation an den Schulen in den Medien, sondern es erreichen uns auch konkrete Sorgen über fehlendes Personal von Eltern, wie zum Beispiel aus der Grundschule in Grambke.“

Frau Neumann berichtet zunächst über die Anmeldezahlen (s. Anlage 3):

„Alle Schüler*innen in der Region haben einen Platz bekommen. Der Standort Heisterbusch wird im nächsten Jahr kommen. Im kommenden Schuljahr wird der Mönchshof vier Züge aufnehmen und St. Magnus dreizügig werden. Alle anderen Schulen bleiben wie bisher. Burgdamm dreizügig und mit Förderschwerpunkt Wahrnehmung und Entwicklung (W+E). Grambke wird einen Klassenverband W+E zusteuern. Die Schule an der Landskronastraße bleibt dreizügig. Insgesamt werden es 17 Klassenzüge.

Die Zahlen der Schüler sind steigend. Bei einer ersten Hochrechnung ist man davon ausgegangen, dass ein Klassenverband reichen würde, im November zeichnete sich eine neue Hochrechnung ab. In allen Regionen müssen Klassenverbände nachgesteuert werden, ebenso W+E Standorte. Wie der rasante Anstieg zu erklären ist, kann nur vermutet werden. Die Schulen haben viele Zuzüge aus anderen Bundesländern verzeichnet.

Erstmalig ist es so, dass man sich nach den Zahlen des Einwohnermeldeamtes kaum noch richten kann. Ist keine verlässliche Zahl mehr.

Laut Einwohnermeldeamt sollten es 99 Anmeldungen werden. An der Grundschule Mönchshof sind es tatsächlich 114 Kinder, 19 Plätze zu wenig. Alle weiteren Zahlen sind der Anlage zu entnehmen.

Die Prognose für das nächste Jahr sagt aus, dass dann der höchste Peak erwartet wird. Die Zahlen werden noch einmal steigen auf zusätzliche 80 Plätze im Schuljahr 2025/2026 lt. Zahlen des Einwohnermeldeamtes.

Es werden dann durch den Heisterbusch 18 Klassenverbände werden. Die Einzugs Grenzen werden dann verschoben, so dass sich die Kinder verteilen. Es werden insgesamt 397 Plätze plus 15 W+ E Plätze erwartet. Im Jahr darauf fallen die Zahlen wieder ab.“

Frau Schnaubelt sagt, sie sehe das mit den Prognosen ein wenig anders. Der Beirat habe immer gesagt, dass die Zahlen nicht hinkommen. Auch die Flüchtlinge kamen nicht plötzlich. Die Problematik ist nicht ganz neu. Sie fragt, ob bei der Schule Mönchshof für den neuen Klassenverband ein Raum vorhanden sei oder ein Fachraum wegfallen? Gleiches möchte Sie für St. Magnus wissen.

Frau Neumann antwortet, dass die Schulleitung das einmalig noch einmal schaffen werde. Welcher Raum genutzt werden wird, könne sie nicht beantworten. Die Grundschule St. Magnus erhalte zum Jahr darauf ein Mobilbau.

Frau Lürßen bemerkt, dass man „im Trüben fische“, wenn man sich auf die Zahlen des Einwohnermeldeamtes verlasse. Sie fragt, was mit den Ganztags- und Hortplätzen sei, diese würden doch auch fehlen?

Frau Neumann verweist darauf, dass es erst ab 2026 einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbeschulung gebe.

Frau Lürßen kritisiert die fehlenden Hortplätze. Dann müssten Mütter ihre Arbeit kündigen. Die Planungen seien nicht besonders gut.

Herr Heide bittet um eine Aussage zum Standort Heisterbusch.

Frau Neumann teilt mit, dass erst eine Container-/ Mobilbauanlage entstehen wird. Weiterhin gebe es das inklusive Schulprojekt mit der Paul-Goldschmidt-Schule. Es gebe einen großen Raumbedarf.

Frau Wolter fragt, was zu einem Klassenverband gehört? Räume, Lehrkräfte? Sind genügend Lehrkräfte da, oder sind die Kinder ohne Lehrkräfte?

Frau Neumann erläutert, dass es zunächst um die Schulplätze gehe, jedes Kind habe einen Anspruch. Im zweiten Schritt gehe es um die Versorgung mit Lehrkräften. Ein handele sich um ein bundesweites Problem.

Frau Schnaubelt möchte wissen, wie es am Mönchshof aussehe. Jetzt sei die Schule voll. Nebenan befände sich die Wohnunterkunft am Mühlenacker. Dort wechseln die Bewohner. Wären dann noch Plätze frei, um zugezogene Kinder von dort aufzunehmen? Macht man sich Gedanken, für das kommende Jahr Container mit zu bestellen? Es sei nicht zielführend, immer „auf Kante“ zu planen. Container seien schwer zu bekommen.

Frau Neumann bestätigt, dass im Moment in Bremen-Nord die Schulen voll seien. Vielleicht sei es auch ein politisches Problem, in Bremen-Mitte sehe es anders aus, da herrsche für das nächste Schuljahr nicht diese Knappheit, wie in den Randgebieten.

Frau Schnaubelt stellt fest, dass, wenn jetzt alles voll sei, kein Kind mehr aufgenommen werden darf. Was passiert dann mit einem Flüchtlingskind, das zuzieht?

Frau Neumann erwidert, dass die Schulen teilweise über die Frequenz aufnehmen, ansonsten müsse man schauen, wo ein Schulplatz frei sei.

Herr Boehlke merkt an, dass Frau Neumann zu Beginn ausgeführt habe, dass die Berechnungen anhand des Einwohnermeldeamtes in den letzten Jahren immer abgewichen sind und letztlich mehr Kinder einen Schulplatz benötigten. Sollte man daher nicht für das kommende Schuljahr bei den zu erwartenden Schüler*innen nach den EMA-Daten dann nicht die prozentuale Differenz aus den letzten Jahren dieses Mal mit einkalkulieren?

Frau Neumann kann darauf keine Antwort geben, es werden Schulen gegründet, große Projekte aufgrund der ansteigenden Schülerzahlen im Gang gebracht. Dann werden auch kreative Lösungen gefordert sein.

Herr Jurgan fragt, welchen zeitlichen Vorlauf man vor dem nächsten Schuljahr habe, um die Variablen auf eine konkrete Zahl zu bringen?

Frau Neumann antwortet, dass sie das schlecht sagen könne, es tue sich selbst jetzt noch etwas. Die Zahlen würden sich ständig durch Weg- und Zuzüge verändern.

Eine Wortmeldung aus dem Publikum: Man sei irritiert, dass der Heisterbusch umfunktioniert werde und weshalb nicht schon längst Container angeschafft wurden, der Raum fehle doch jetzt schon. Es entstehe der Eindruck, dass die Schüler nicht mehr zurücksollen.

Herr Boehlke verweist auf die bisherigen Beratungen hierzu im Beirat.

Frau Neumann stellt die aktuellen Zahlen der Unterrichtsversorgung vor (s. Anlage 4).

„Der Arbeitsmarkt ist leer. Es ist schwierig, Personal nach Bremen-Nord zu bekommen. Die Zahlen die heute vorgestellt werden sind dynamische Zahlen, die morgen schon anders aussehen können. Durch Mutterschutz oder Beschäftigungsverbot. In diesen Zahlen kann sowas nicht berücksichtigt werden.

Die Grundschule Grambke hat eine große Personalnot und es wird versucht, so gut es geht zu steuern.“

Frau Limberg-Kalka (Schulleitung der Grundschule Grambke) teilt mit, dass sie befürchtet, dass bei den Zahlen auch die Stunden von Studierenden eingerechnet wurden. Aber das sei nur eine Befürchtung. Sie habe zum Schuljahresbeginn die Situation prophezeit, durch Schwangerschaften zeichnete es sich ab, dass die Versorgung ab 01.02.2024 so „mau“ sein werde. Seit August 2023 habe sie darauf aufmerksam gemacht.

So sei jetzt der Stand, dass die Schule nun im Fokus der Unterrichtsversorger stehe. In Bezug auf die gebundene Ganztagschule sei nicht nur die Lehrkräfteversorgung, sondern auch die Versorgung mit Erziehern problematisch. Daher müsse seit September das Ganztagsangebot reduziert werden. Es zeichne sich nun eine Verbesserung ab.

Frau Schnaubelt fragt, ob die Grundschulen Mönchshof und St. Magnus bereits Klassenleitungen haben für die neuen Züge

Frau Neumann bejaht die Frage.

Herr Heide hätte sich gewünscht, dass man anhand der Zahlen die Situation detaillierter überblicken kann. Es werden keine Daten dargestellt über neue Referendare, Rückkehrer, Ende von Elternzeiten usw. Er fragt, ob diese Zahlen nachgereicht werden können. Zudem möchte er wissen, was die Aussage „wir steuern so gut es geht“ bedeuten soll. Die Aussage wäre ihm zu allgemein.

Frau Neumann antwortet, dass die Zahlen nicht für jede Schule „aufgedrösel“ werden können. Sie nehme die Anregung aber mit in ihr Referat. „So gut wie möglich steuern“ heiße z.B. die Sonderpädagogen so gerecht wie möglich an die Schulen zu verteilen.

Frau Lürßen fragt, wie es um das Versprechen der Senatorin stehe, dass Lehrkräfte auch abgeordnet werden sollen.

Frau Neumann versichert, dass habe schon stattgefunden, darüber seien auch nicht immer alle glücklich, aber es werde gemacht.

Herr Jurgan findet die Tabellenübersicht auch sehr „schwammig“, da stelle er sich die Frage, warum von den 109 Prozent nicht 9 Prozent auf eine andere Schule verteilt werden können.

Frau Neumann sagt, dass sehe immer so einfach aus. Aber die Grundschule St. Magnus habe ein kleines System, da könne man nicht einfach Personal herausnehmen, weil dann eine große Lücke entstehe.

Die Sitzung wird zur Beschlussberatung unterbrochen.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat nimmt die vorgestellten Anmeldezahlen der Grundschulen für das Schuljahr 2024/25 zur Kenntnis und fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, für alle in Burglesum ausgewiesenen Schulplätze auch genügend Lehrkräfte bereitzustellen.

Die Behörde muss aufgrund der Unsicherheiten in den Prognosen zukünftig genügend Puffer ggf. auch in Form von Containern vorsehen, um auch bei Bedarf kurzfristig einen weiteren Klassenverband eröffnen zu können. Alle Burglesumer Kinder müssen hier im Stadtteil einen Schulplatz bekommen, entsprechend dem Motto „kurze Beine, kurze Wege“.

Der Beirat Burglesum fordert die Behörde dringend auf, alles Erdenkliche zu tun, die Unterrichtsversorgung an der Grundschule Grambke wiederherzustellen, wie auch die Wiederherstellung des Ganztags, der Familien die oft notwendige Berufstätigkeit ermöglicht.

Der Beirat erwartet bei zukünftigen Vorstellungen der Unterrichtsversorgung im Stadtteil ein detailliertes, vorausschauendes Personalplanungskonzept vorgelegt zu bekommen.

TOP 6: Mittelbereitstellung aus dem ASV-Stadtteilbudget

Herr Boehlke merkt an: „Im Koordinierungsausschuss gab es die Verständigung für zwei Maßnahmen Mittel aus dem ASV-Stadtteilbudget bereit zu stellen.

Vorab die Info: Das ASV-Stadtteilbudget unterliegt auch der derzeitigen Haushaltssperre. Aufträge können entsprechend erst nach der Genehmigung des Haushaltes erfolgen, voraussichtlich im Juni.“

TOP 6.1: Anschaffung von Geschwindigkeitsmesstafeln

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum bewilligt für die Anschaffung von vier Geschwindigkeitsmesstafeln sowie weiteres Zubehör (Solar-Panel, Akkus etc.) 15.000 Euro aus dem ASV-Stadtteilbudget.

TOP 6.2: Herrichtung des Beetes vor der Informationstafel „Ilsenburg“ in der Hindenburgstraße

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum bewilligt für die Neubepflanzung des Beetes vor der Informationstafel „Ilsenburg“ in der Hindenburgstraße 1.000 Euro aus dem ASV-Stadtteilbudget. Der Umweltbetrieb Bremen wird gebeten, die Maßnahme umzusetzen.

TOP 7 (neu): Einsetzung eines Regionalausschusses Bremer Industrie-Park

Herr Jurgan fragt, wo der Ausschuss tagen wird.

Herr Boehlke antwortet, dass es noch nicht festgelegt sei. Eventuell wechselseitig. Die Geschäftsführung wird voraussichtlich vom Ortsamt Burglesum übernommen.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum setzt, unter Voraussetzung des gegenseitigen Einvernehmens mit dem Beirat Gröpelingen, nach § 24 Abs. 1 BeirOG für die 21. Wahlperiode einen Regionalausschuss „Bremer Industrie-Park“ ein.

In der Annahme, dass die zukünftigen Entwicklungen im Bereich des Bremer Industrie-Parks verschiedene Auswirkungen auf die Stadtteile Burglesum und Gröpelingen haben werden, soll durch den Regionalausschuss eine frühzeitige Einbindung der Beiräte Burglesum und Gröpelingen in den grundsätzlichen Entwicklungen auf der Fläche des Bremer Industrie-Parks, auf dem Gelände des Stahlwerks sowie bei dem Bau des Wesertunnels erfolgen. Der Ausschuss dient ferner einer gegenseitigen Abstimmung der Beiräte.

Jeder Beirat soll sieben ordentliche Mitglieder in den Regionalausschuss entsenden können.

Näheres regelt eine Geschäftsordnung.

TOP 8: Mitteilungen des Ortsamtes

- 28.02.24: Sitzung des Kinder- und Jugendbeirates (Beginn 17 Uhr)
- 29.02.24: Sitzung des Ausschusses für Soziales, Kultur und Gesundheit (Beginn 19 Uhr)
- 06.03.24: Regionalausschuss Bremen-Nord (Beginn 18:30 Uhr)
- Öffentliche Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses für das wasserrechtliche Planfeststellungsverfahren „Gewässerausbau im Bereich des Röhrichtbiotops auf dem Betriebsgrundstück der ArcelorMittal Bremen GmbH“ in Bremen (20.02.2024 bis einschließlich 04.03.2024)
- 2. Bremer Kita-Gipfel an der Universität Bremen am 07./08.03.2024

TOP 9: Mitteilungen der Beiratssprecherin

Keine

TOP 10: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

Keine

Ende der Sitzung um 21:20 Uhr.

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Wolter
Sprecherin des Beirates

gez. Tietjen
Protokoll